



Regierungsratsbeschluss vom 01. April 2014

Interpellation Nr. 19 Markus Lehmann betreffend mögliche Folgen einer Annahme der Mindestlohn-Initiative für den Kanton Basel-Stadt; schriftliche Beantwortung

P145126

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Regierungsrat sieht den Kanton Basel-Stadt durch die Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)“ nicht speziell oder im Vergleich zu anderen Kantonen nicht überdurchschnittlich betroffen. In der Beantwortung des parlamentarischen Vorstosses verweist er in erster Linie auf die auf eidgenössischer Ebene geführte Debatte zur Mindestlohn-Initiative.

